



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

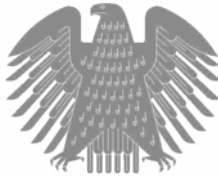
Lambrecht: „Landrat fordert Merkel zu Koalitionsbruch auf!“

Berlin/Viernheim, 29. November 2006 – Die Bergsträßer Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht (SPD) hat einen Brief von Landrat Wilkes (CDU) an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) scharf verurteilt. In dem Schreiben forderte Wilkes die Bundeskanzlerin auf, den „Atomkonsens zu revidieren“. „Das ist ein offener Aufruf zum Koalitionsbruch. Die Fortführung des mit der Energiewirtschaft geschlossenen Atomkompromisses ist im Koalitionsvertrag ausdrücklich festgelegt. Der Kompromiss ist längst gesetzlich verankert. Biblis A geht 2008 vom Netz“.

Lambrecht wies darauf hin, dass bei der Frage der Laufzeitverlängerung der von Wilkes erwähnte Bundeswirtschaftsminister Glos so gut wie kein Mitspracherecht habe. „Das Bundesjustizministerium hat eindeutig festgestellt, dass die grundsätzliche Entscheidung ausschließlich dem Bundesumweltministerium obliegt“, so Lambrecht.

„Durch die massive Förderung der regenerativen Energiegewinnung seitens der rot-grünen Bundesregierung sind alleine bis 2005 rund 130.000 neue Arbeitsplätze entstanden“, so Lambrecht weiter. „Dies ist eine wirksame zukunftsfähige Entwicklung in Bezug auf die Schaffung von Arbeitsplätzen. Weil es viele in unserem Kreis gibt, die nicht an veralteten und unwirtschaftlichen Techniken wie der Atomenergie festhalten, ist zum Beispiel in Bürstadt das größte Solardach der Welt entstanden“.

„Alles spricht gegen die Atomenergie: sie ist technisch überholt, hochgradig schadensanfällig, produziert Atommüll, der nicht entsorgt werden kann und die Anlagen können vor etwaigen Terroranschlägen nicht wirksam geschützt werden“,



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

stellte Lambrecht fest. „Wirtschaftlich rechnet es sich für Energiekonzerne nur, wenn sie veraltete Anlagen, die in den 60er, 70er und 80er Jahren mit Milliarden an Steuergeldern hoch subventioniert wurden, möglichst lange weiterbetreiben“.

„Es kommt von Seiten der Politik darauf an, die Energiekonzerne dazu zu bringen, die Milliardengewinne der letzten Jahre in Zukunftstechniken wie die Gewinnung von regenerativer Energie zu investieren“, so Christine Lambrecht. „Einige, wie bp, haben damit schon angefangen, weil es sich rechnen wird. Dies festzustellen wäre vielleicht einen Brief an Bundeskanzlerin Merkel wert gewesen“.